

Erneuerbare Energien als Impulsgeber für wirtschaftlichen Ausschwing in Mecklenburg-Vorpommern.

Konferenz und Firmenpräsentation
der Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“
Greifswald, 2. November 2009

Vortrag Dr. Gottfried Timm, MdL:

Erneuerbare Energietechnologie und moderne Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Anrede

Ich möchte zu Ihnen darüber sprechen, was der Mauerfall vor 20 Jahren mit der Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen zu tun hat und was die Klimakonferenz in Kopenhagen mit der Energie- und Technologiepolitik in Mecklenburg – Vorpommern zu tun hat.

Der Zusammenbruch der DDR vor 20 Jahren und mit ihm der Zusammenbruch des gesamten Ostblocks hat eine Reihe von Ursachen; eine Ursache aber bestand in der damaligen wirtschaftlichen Situation. Genauer gesagt: der materielle Wohlstand der Menschen wurde nicht mehr getragen von der wirtschaftlichen Basis der Gesellschaft. Oder noch genauer: die Gesellschaft verzehrte ein Kapital, das sie schon längst nicht mehr besessen hat. In der DDR kann dieses auch zeitlich genau festgemacht werden: auf dem 8. Parteitag der SED wurde von Erich Honecker die „Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik“ verkündet, was faktisch allerdings genau das Gegenteil davon war: Im Schürer – Bericht, der dem ZK der SED im Herbst 1989, kurz vor der Maueröffnung, vorgelegt wurde, hieß es ungeschminkt, dass die materiellen Lebensverhältnisse in der DDR um 25 - 30 % gesenkt werden müssten, wenn tatsächlich Sozial- und Wirtschaftspolitik wieder eine Einheit darstellen sollten. So weit hatten die politisch Verantwortlichen uns, das Volk, damals hinters Licht geführt. Beziehungsweise führen wollen, denn geahnt hatten wir, dass da irgendwas nicht stimmen kann. Uns allen ist noch das Honecker – Wort an die Kollektive der sozialistischen Arbeit im Ohr, wonach aus den Betrieben der DDR herauszuholen sei, was herauszuholen ist (was von etlichen wörtlich genommen wurde).

In der DDR hat man „auf Pump“ gelebt. Das System brach wie ein Kartenhaus zusammen. Die wirtschaftliche Basis wurde auf Verschleiß gefahren und sie war veraltet – am besten zeigt sich der technologische Unterschied zum Westen in der Automobilindustrie: im technologischen Abstand zwischen dem Trabant und dem VW Golf.

Aber auch heute leben wir wieder auf Pump. Der Staat häuft Schulden in gigantischer Höhe an, wie zuletzt für den sog. Rettungsschirm, der über Banken aufgespannt wurde. Jüngst hat sich die neue Bundesregierung für die zukünftigen Sozialausgaben durchgerungen, weitere Kredite aufzunehmen, und das nur, um der FDP ihre Wahlversprechen (Steuergeschenke an die, die es gar nicht brauchen) zu bezahlen. Die unvorstellbare Summe von 1500 Md € hat sich der Staat bereits bei der zukünftigen Generation geborgt. Wissen wir eigentlich, was wir unseren Kindern und Enkeln da an Lasten aufbürden? Mir kommt es so vor, als sei das Honecker – Wort, dass man aus den Betrieben herauszuholen soll, was herauszuholen ist, auf andere Weise aktuell. Denn die deutsche Wirtschaft muss das Kapital, das wir verzehren, ohne es zu besitzen, in Zukunft

aufbringen, ob sie es nun will oder nicht.

Anrede,

Herausholen, was herauszuholen ist – diese Haltung ist noch gesellschaftsfähiger, wenn es um das Naturkapital geht, welches wir heute verbrauchen. Der Unterschied ist allerdings der, dass wir es uns nicht bei zukünftigen Generationen leihen, sondern unwiederbringlich verzehren. Kohle, Öl, Gas, aber auch Landschaft, biologische Vielfalt, saubere Luft und reines Wasser – alles Naturgüter, die irreversibel verloren sind, wenn sie verbraucht sind. Erdgeschichtlich gesehen verbraucht die Menschheit heute die Rohstoffe, die in Hunderten von Millionen Jahren durch die Erde gespeichert wurden und die für ein ausbalanciertes Leben auf dem Globus die Voraussetzung bilden, in wenigen Sekunden. Das muss Folgen haben und das hat auch Folgen – der Anstieg der Treibhausgase in der Erdatmosphäre ist das Megaproblem, welches alle anderen Umweltthemen überragt. Wer trägt heute eigentlich die Verantwortung dafür, das wir die Lebensräume und die Lebenschancen unserer Kinder und Enkelgeneration drastisch verkleinern?

Anrede,

das System DDR ist unter anderem aus wirtschaftlichen Gründen zusammengebrochen. Unsere Aufgabe heute besteht darin, eine Technologie- und Industriepolitik zu entwickeln, die in jeder Hinsicht den Kapitalverzehr stoppt. Hineinstecken, was hineingesteckt werden kann – das muss unser Motto sein. In eine ehrliche Bilanz muss der Zukunftsverzehr und der Verbrauch des Naturkapitals mit integriert werden. Das heißt, Wirtschaft, Gesellschaft und die persönliche Lebenskultur des einzelnen müssen sich wandeln. Dieses Ziel ist auch das Ziel der Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“, auf dieser Konferenz. Unser Land braucht solche Bewegungen wie hier in Greifswald, denn es kommt darauf an, die lokalen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Deshalb danke ich Ihnen für Ihre Ideen und für die Ausdauer bei diesem Projekt:

Bevor ich zu unseren eigenen Möglichkeiten etwas sage, will ich mit Ihnen kurz den Blick nach Kopenhagen richten. Dort beginnt in vier Wochen die Weltklimakonferenz. Der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Nicolas Stern, hat in seinem jüngsten Buch eine Bilanz aufgemacht. Er sagt, wenn wir 1 – 2 % des Bruttoinlandproduktes in aktive Klimaschutzpolitik investieren, sind wir in der Lage, den Anstieg der Temperatur auf unserer Erde abzubremesen auf zwei Grad. Gelingt dieses nicht, sind unkalkulierbare Probleme für das Leben auf unserer Erde vorprogrammiert. Das heißt für Stern, in Kopenhagen muss ein Beschluss gefasst werden, der eine deutliche politische Kursänderung zum Inhalt hat: kein Verschieben der Probleme auf unsere Kinder und Enkelgeneration und kein weiterer Raubbau an der Natur. Das hat es lange genug gegeben. Sondern ein konsequenter Einstieg in eine neue Energiewirtschaft, neue Energietechnologie und bessere Energieeffizienz. Wir brauchen eine technologische Revolution – so seine Aufforderung an die Konferenzteilnehmer. Stern rechnet vor, dass ohne Investitionen in Höhe von 1-2% BIP Schäden durch Klimaveränderungen auf der Erde auftreten können, die einen Umfang von bis zu 20 % BIP umfassen können und vergleicht unsere Lage heute mit der Zeit vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, welcher bekanntlich volkswirtschaftliche Schäden in dieser Höhe weltweit verursacht hat – von den Schäden an Leib und Leben ganz zu schweigen.

Anrede,

mich haben diese nüchternen und zugleich dramatischen Berechnungen des Ökonomen

Nicolas Stern stark beeindruckt.

Ich habe mich gefragt: was heißt es, wenn wir eine Modellrechnung, wie sie Stern aufmacht, auf unser Bundesland Mecklenburg – Vorpommern anwenden.

Darauf möchte ich jetzt mit Ihnen einen Blick werfen:

Laut Angaben des Statistischen Amtes Mecklenburg – Vorpommern betrug im Jahr 2008 das BIP in unserem Lande 35 865 Mio Euro (zum Vergleich Deutschland 2008 gesamt: 2 492 000 Mio Euro). Das heißt, bei 2 % des BIP Investitionen in aktiven Klimaschutz müssten in unserem Bundesland 700 Mio € für neue Technologien und Energieeffizienz in die Hand genommen werden. (zum Vergleich: für Deutschland gesamt wären es bei 2 % 50 000 Mio €). Der andere Vergleich nach Stern: der mögliche zukünftige Schaden durch unterlassenen Klimaschutz, den er bei 20 % BIP errechnet hat, würde in Mecklenburg – Vorpommern einen rechnerischen Umfang von ca. 7 Mrd € annehmen – das wäre eine Schadenshöhe, die bereits den Gesamtumfang des Landeshaushalts unsres Bundeslandes ausmachen würde. Zugegebenermaßen ist dieses eine Modellrechnung, aber sie zeigt auf, wohin die Reise gehen muss, wenn wir Nachhaltigkeit ernst nehmen und der Klimakonferenz in Kopenhagen Erfolg wünschen wollen.

Diese Ökonomisierung der Herausforderungen zum Klimaschutz zeigt dreierlei:

- Die Verantwortung für eine energiepolitische Wende liegt bei uns, ist eine Sofortaufgabe, und kann nicht in die Zukunft geschoben werden.
- Die Folgen, die dann eintreten können, wenn nicht gehandelt wird, sind dramatisch. Aber kein Klimaschutz ist teurer als Klimaschutz.
- 1 – 2 % Investitionsvolumen des BIP scheint auf den ersten Blick wenig zu sein, bedeutet aber eine tiefgreifende Neuausrichtung der Politik, der Wirtschaft und vor allem unserer Lebensweise.

In der DDR führte der Kapitalverzehr, verbunden mit offiziellen Falschinformationen sowie Meinungs- und Pressediktatur, zum Zusammenbruch des gesamtstaatlichen Systems. In der heutigen demokratischen Gesellschaft liegen das notwendige Wissen und die politischen Instrumente auf dem Tisch, um mit den Mitteln und innerhalb des Systems den Zusammenbruch zu verhindern. Wir sind das Volk und niemand wird uns die Verantwortung für diese Aufgabe abnehmen.

Anrede,

was heißt das nun aber konkret für Mecklenburg – Vorpommern?

Im Gebiet unseres Bundeslandes müssen 700 Mio € an Investitionen in die Erneuerbaren Energien, neue Energietechnologien und Energieeffizienz aufgebracht werden. Das allerdings nicht vom Etat des Landes allein, sondern ebenso auch von den Kommunen und für unser Landesgebiet auch vom Bund und von der EU. Und natürlich sind hier vor allem private Investitionen gefragt. Die Aufgabe der Landespolitik liegt darin, die finanzpolitischen Schwerpunkte so zu setzen, dass auch mittels Bundes- und EU- Geldern die privaten Investitionen für Klimaschutz und Energiewirtschaft gefördert werden. Ordnungspolitisch sind solche Rahmenbedingungen zu schaffen, dass nachhaltige und klimaschutzrelevante Entwicklungen in Mecklenburg – Vorpommern unterstützt werden.

Dazu zählen die Unterstützung für regionale Energiekreisläufe, vor allem auch für die

Kommunen, die Ausrichtung der Landesplanung und Raumordnung auf kohlendioxidarme Entwicklungen – beim Verkehr, bei Gemeinde- und Städtebau, bei Industrieansiedlung, insbesondere bei Kraftwerksplanungen. Das Beispiel Datteln in NRW zeigt, wie wichtig Zielsetzungen in der Landesentwicklung sind. Denn dort wurde der Bebauungsplan für ein Steinkohlekraftwerk gerichtlich aufgehoben, weil der Klima- und Ressourcenschutz nicht genügend berücksichtigt war. Andere Bundesländer schreiben bei der Ausweisung von Bebauungs- und Gewerbegebieten den Kommunen die Ausrichtung der Gebäude und Dachneigung vor, um Sonnenenergie effizient zu verwandeln. Einige schreiben sogar vor, dass ein bestimmter Prozentsatz Erneuerbare Energie für Wärmenutzung vorzusehen ist. Für die Standortplanung von Stromproduzenten sollte Kraftwärmekopplung vorgeschrieben werden. Auch die Vorschriften für die öffentliche Beschaffung sind von Bedeutung. Die Landesregierung hat das Konzept „EnergieLand 2020“ verabschiedet, welches ein erster Schritt in diese Richtung ist. Wir erwarten für die nächsten Tage den weiterführenden Aktionsplan Klimaschutz, den wir dann im Landtag sehr genau unter die Lupe nehmen werden.

Vor allem geht es aber bei der Ausrichtung der Wirtschafts- und Technologiepolitik um einen Paradigmenwechsel. Denn weltweit werden dringend Technologien für eine carbonfreie Energiewirtschaft gebraucht. Die technologische Revolution der Energiewirtschaft, von der Nicolas Stern spricht, schafft völlig neue Märkte für die Energieerzeugung bei Strom und Wärme und für Mobilität. In Deutschland waren bei industriellen Paradigmenwechseln immer bestimmte Regionen im Vorteil, was heute beispielsweise bei der Automobilindustrie im Südwesten oder bei Ansiedlung der Militärindustrie in Bayern in den 50er und 60er Jahren zu beobachten war. Unser Bundesland hat die besten Voraussetzungen, um bei modernen Windkraftanlagen offshore und onshore, bei Bioenergietechnologien, bei Erdwärme, bei Wasserstofftechnologien und der Entwicklung neuer Energiespeichersysteme auf dem Weltmarkt mitzuspielen. Entscheidend ist der politische Wille. In diesem Bereich sind die 1 – 2 % vom BIP für konkrete Investitionen in Klimaschutz anzusiedeln. Allerdings ist die Politik im CDU – geführten Schweriner Wirtschaftsministerium deutlich kohlelastig und wenig ambitioniert, was natürlich auch Folgen haben wird für die Position unseres Landes auf den Neuen Energiemärkten und bei zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

Denn fossile Energieträger wie Kohle sind Symbole einer veralteten, begrenzten und umweltschädlichen Technologie. Dagegen sind Wind, Sonne, Erdwärme, aber auch Wasserstofftechnologien Symbole für unbegrenzte, saubere und innovative Technologien, die in Zukunft auf den Weltmärkten dringend nachgefragt werden.

Ich habe mir die Mühe gemacht und die verfügbaren Daten ausgewertet, um zu prüfen, wo unser Bundesland heute genau steht. Ein genaues Bild ist leider nicht zu gewinnen, weil es für unsere Fragestellung – Investitionen in aktiven Klimaschutz – keine exakten Daten gibt (auch interessant!) . Einiges wird dennoch sichtbar:

- Im Jahr 2008 beliefen sich alle privaten Anlageinvestitionen auf 8,2 Md €, das Land investierte 1,21 Md € und die Kommunen ca. 0,5 Md € - das sind gerundet 10 Md € Investitionen in Mecklenburg – Vorpommern.
- 1 – 2 % des BIP wären für 2008 bis zu 7 % Anteil an den Gesamtinvestitionen in Mecklenburg – Vorpommern.
- Investitionen in Neue Energietechnologien und aktiven Klimaschutz ist machbar, bedeutet aber eine überzeugende Hinwendung zu den Zukunftstechnologien und eine Abkehr von veralteten und kostspieligen Verfahren.

Das Wirtschaftsministerium hat vor kurzem einen „Bericht zu den Förderdaten für den Einsatz der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz in MV“ heraus gegeben, der bezogen auf die eben dargestellte Herausforderung zeigt, wie weit die Landesregierung hinter diesen Zielsetzungen zurück liegt. So liegen die Investitionszuschüsse für zukunftssträchtige Energietechniken in den letzten Jahren im Durchschnitt bei 2,5 Mio €, was ein privates Investitionsvolumen von 9 Mio € im Jahresdurchschnitt ausgelöst hat (sic!).

Anrede,

gewiss ist Mecklenburg – Vorpommern nicht der Nabel der Welt. In anderen Regionen der Erde ist der Verbrauch des Naturkapitals deutlich größer als bei uns. Das aber ist nicht entscheidend (und über diese Ursachen lässt sich trefflich streiten). Entscheidend ist, dass wir in Mecklenburg – Vorpommern die Potentiale nutzen müssen, die wir haben. Jede Region muss in ihrem Verantwortungsbereich das tun, was sie auf Grund ihrer natürlichen und ökonomischen Voraussetzungen tun kann, wenn es denn bei den globalen Herausforderungen von heute so etwas wie eine gemeinsame Verantwortung für morgen und für unsere Erde gibt. Unsere Aufgabe besteht darin, politisch die Weichen für die Zukunft zu stellen. Und es geht darum, zu überzeugen und die Bürgerinnen und Bürger beim Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft anzusprechen und sie mitzunehmen. Denn der Spruch von damals hieß nicht „Wir waren das Volk“, sondern „Wir sind das Volk“. Ich finde, genau dieses sollten wir ernst nehmen.